

## **1. Antrag auf Befreiung gemäß § 67 BNatSchG und § 39 SächsNatSchG**

**Antrag auf Befreiung von den Verboten des Naturschutzgebietes**

## 1 BESCHREIBUNG DER WESENTLICHEN MERKMALE DES SCHUTZGEBIETES UND DER DURCH DIE GEPLANTEN MAßNAHMEN VERURSACHTEN BEEINTRÄCHTIGUNGEN DES SELBEN

Die geplante Maßnahme „Umsetzung des Neubaus einer kuppelbaren 8-er Sesselbahn am Kleinen Fichtelberg“ befindet sich teilweise innerhalb des Naturschutzgebietes „Fichtelberg“ (SG-Nr. C98).

Das Naturschutzgebiet hat eine Größe von rund 209 ha und besteht insgesamt aus 6 Teilflächen, die sich vorwiegend am Südhang des Fichtelberges erstrecken.

Es umschließt verschiedene geschlossene Waldflächen, artenreiche Borstgrasrasen, feuchte Hochstaudenflure, Übergangs- und Schwinggrasmoore, eutrophe Stillgewässer, trockene Heiden und Berg-Mähwiesen.

Durch die geplante Maßnahme wird in die Teilfläche 6 des Gebietes eingegriffen. Sie stellt den nordwestlichen Rand des Schutzgebietes dar und wird vorrangig durch eine geschlossene Waldfläche bestimmt, die als ~~montaner Fichtenwald~~ **naturnaher Fichtenwald bzw. als Berglandfichtenwald** zu kategorisieren ist. ~~Die Flächen. Am~~ südöstlichen Rand der Flächen wurden darüber hinaus kleinere Flächen folgender Biotopkategorien festgestellt: feuchte Hochstaudenflure und Berg-Mähwiesen.

Die Gesamtfläche der Teilfläche 6 beträgt 28,5 ha. Über 2/3 davon werden vom ~~montanen Fichtenwald~~ **naturnaher Fichtenwald bzw. als Berglandfichtenwald** bestimmt. Innerhalb dieser Biotopfläche erfolgt auch der geplante Eingriff durch die Umsetzung der 8er-Sesselbahn auf einer Gesamtfläche von 14.313,4 m<sup>2</sup> (rund 1,43 ha).

Gemäß der Verordnung des Regierungspräsidiums Chemnitz zur Festsetzung des Naturschutzgebietes „Fichtelberg“ vom 11. Juni 2008 stellen die geplante **Inanspruchnahme von Wald** ~~Waldumwandlung~~ und der anschließende Bau und Betrieb der Bergstation sowie der damit verbundene Skibetrieb innerhalb der Grenzen des Schutzgebietes eine nach § 4 (2) Nr. 1, 2, 3, 5, 11, 13, 14, 16, 20 NSG-VO verbotene Handlungen dar.

Nachfolgend wird noch einmal kurz auf die relevanten Verbote eingegangen.

NSG-VO § 4 (2)	Insbesondere ist verboten:	Bemerkung
<b>Nr.1</b>	bauliche Anlagen im Sinne der Sächsischen Bauordnung (SächsBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Mai 2004 (SächsGVBl. S.200), geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 102, 112), in der jeweils geltenden Fassung, zu errichten, zu ändern oder der Errichtung gleichgestellte Maßnahmen durchzuführen;	Bau der Anlage
<b>Nr. 2</b>	Straßen, Wege, Plätze oder sonstige Verkehrsanlagen anzulegen, Leitungen ober- oder unterirdisch zu verlegen oder Anlagen dieser Art zu verändern;	Anpassung der Beschneigung und der Beleuchtung
<b>Nr. 3</b>	Handlungen vorzunehmen, die den Boden in seiner Gestalt, Struktur oder Beschaffenheit verändern;	Versiegelung durch Bau der Bergstation
<b>Nr. 5</b>	Abfälle oder sonstige Materialien, Stoffe, Mittel oder Chemikalien einzubringen, anzuwenden oder zu lagern;	Potentiell im Rahmen des Baus und während des Betriebes möglich
<b>Nr. 11</b>	Pflanzen und Pflanzenteile einzubringen, zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören;	Waldumwandlung
<b>Nr. 13</b>	Tiere einzubringen, wildlebenden Tieren nachzustellen, sie zu beunruhigen, zu fangen, anzulocken, zu verletzen, zu töten	Waldumwandlung, Baubetrieb

NSG-VO § 4 (2)	Insbesondere ist verboten:	Bemerkung
	oder Puppen, Larven, Eier, oder Nester oder sonstige Brut-, Wohn- oder Zufluchtsstätten dieser Tiere zu entfernen, zu beschädigen oder zu zerstören;	
<b>Nr. 14</b>	zu zelten, zu lagern, zu angeln, zu reiten, mit motorgetriebenen oder bespannten Fahrzeugen, einschließlich Motorschlitten oder Pistenraupen, zu fahren, Verkaufsstände, Wohnwagen aufzustellen oder Fahrzeuge abzustellen;	Betriebsbedingt durch Nutzung der Pistenraupe zur Präparation der Strecke
<b>Nr. 16</b>	außerhalb von Straßen, Wegen, Skipisten oder Loipen Ski, Snowboard, Rad oder Schlitten zu fahren;	Betrieb der neu ausgewiesenen Piste innerhalb der Grenzen des NSG
<b>Nr. 20</b>	Beleuchtungsanlagen einzurichten oder aufzustellen	Beleuchtung im Bereich der Bergstation

## 2 FAZIT

Gemäß den oben angeführten Beschreibungen entstehen bei Umsetzung der Maßnahme Eingriffe in den Naturhaushalt, eine dauerhafte Inanspruchnahme von Flächen durch die Bebauung (Bergstation) und die dauerhafte Veränderung der Vegetations- und Habitatstrukturen (Waldumwandlung). Damit werden verschiedene Verbote nach § 4 NSG-VO ausgelöst, wodurch ein **Befreiungsverfahren** nach § 8 NSG-VO in Verbindung mit § 67 BNatSchG und § 39 SächsNatSchG **erforderlich ist**.

## 3 BEGRÜNDUNG DER ERFORDERNIS EINER BEFREIUNG

Eine Befreiung von den Geboten und Verboten dieses Gesetzes kann gewährt werden, wenn dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist. Ein eben solches Interesse besteht im Zusammenhang mit dem Gesamtprojekt „Modernisierung des Skigebietes Oberwiesenthal“.

Benannte Modernisierung bildet eine Grundvoraussetzung für die Konkurrenzfähigkeit des Ortes mit anderen Skigebieten in den Mittelgebirgen aber auch mit den Alpen.

Bereits im Flächennutzungsplan und dem integrierten Stadtentwicklungskonzept vom 2012 wurde die Modernisierung festgeschrieben und umfänglich darstellt.

Die Umsetzung des Neubaus einer kuppelbaren 8-er Sesselbahn am Kleinen Fichtelberg ist ein wesentliches Teilprojekt aus insgesamt 4 Projekten, die in Oberwiesenthal in den kommenden Jahren umgesetzt werden sollen, um den Standort auch zukünftig als Wintersportgebiet zu sichern.

Der Kurort Oberwiesenthal ist ein Tourismusstandort der seine größten Gewinne aus dem Wintersporttourismus generiert. Als einer der wichtigsten Wirtschaftszweige der Region ist es daher entscheidend auf die Bedürfnisse der Kunden einzugehen und damit Anlagen bereitzustellen, die modernen Komfort- und Sicherheitsansprüchen genügen.

Des Weiteren ergeben sich bei Umsetzung der Projekte positive Effekte für Handels- und Dienstleistungsgewerbe in Oberwiesenthal selbst aber auch für die Umgebung, da nicht nur die Anlagen an sich genutzt werden sondern beispielweise auch Hotels und Restaurants.

Diese sind im Umkehrschluss für die Region und vor allem für die Stadt Oberwiesenthal wichtig, da durch diese Einrichtungen Gewerbesteuern generiert werden.

Ein Verzicht auf die Modernisierung würde zwar nicht Zwangsläufig zu einem Absterben des Handels- und Dienstleistungsgewerbe in Oberwiesenthal führen. Die Einbußen wären aber dennoch deutlich spürbar. Dies kann dazu beitragen, dass das Handels- und Dienstleistungsgewerbe in Oberwiesenthal abnimmt. Diese Abnahme bedingt gleichermaßen eine Reduzierung der Gewerbesteuer für die Stadt. Was sich letztlich negativ auf den gesamten Verwaltungsbereich auswirken kann.

Ein Verzicht auf die Modernisierung würde die Attraktivität des Gebietes dauerhaft schädigen und neben Umsatzeinbußen auch zur Abwanderung führen.

Damit stellt die geplante Modernisierung eindeutig ein überwiegend öffentliches Interesse dar, da nicht nur positive Effekte für Einzelpersonen generiert werden, sondern für die gesamte Region und die unterschiedlichen Akteure dieser Region.

Die durch die geplante Maßnahme entstehenden Beeinträchtigungen werden darüber hinaus durch Minimierungs- und Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen, die nachfolgend kurz gelistet werden. Die genaue Beschreibung zu den Einzelmaßnahmen ist der UVS mit integriertem LPB Anlage 1 zu entnehmen.

Tabelle 1 Maßnahmenverzeichnis

MAßN.-NR.	VERMEIDUNGS-, VERMINDERUNGS- UND SCHUTZMAßNAHMEN	GRÖßE
<b>M1</b>	Naturschutzfachliche Begleitung der Planungsphasen 5 bis 9 (Landschaftspflegerische Ausführungsplanung und ÖBB)	Untersuchungsraum / Direkter Eingriffsbereich
<b>M2</b>	Maßnahme zur Vermeidung nachhaltiger Verdichtung und Zerstörung des Bodengefüges, Maßnahmen zur Erosionssicherung und Maßnahmen zu Bodeneingriffen in archäologische Relevanzflächen während <u>Bau</u>	Bauzone
<b>M3</b>	Maßnahmen zum Boden und Grundwasserschutz (allgemeine Hinweise)	Bauzone
<b>M4.1</b>	Maßnahmen zum Schutz der Wasserschutzgebiet – Auflagen für Baustellen	Bauzone
<b>M4.2</b>	Maßnahmen zum Schutz der Wasserschutzgebiet – Auflagen während des Betriebes	/
<b>M5</b>	Maßnahmen zur Minimierung der Inanspruchnahme wertvoller Vegetations- und Habitatstrukturen während Bau (Festlegung von Bau- und Bautabuzonen)	Bauzone
<b>M6</b>	Schutz bestehender Vegetationsstrukturen in der Bauzone	Bauzone
<b>M7</b>	Maßnahmen zum Schutz des Besucherverkehrs und zur Besucherlenkung während Bau (Ausweisung von Baubeschränkungszonen)	/
<b>M8</b>	Reduzierung von <del>Waldumwandlungsflächen</del> der in Anspruch zunehmenden <u>Waldflächen</u>	<b>Projektübergreifende Maßnahme</b> Gesamtfläche: 36.076 m <sup>2</sup>
<b>M9</b>	Entwicklung von Wiesengesellschaften (Rekultivierung)	Bauzone
<b>M10</b>	Maßnahmen zur Vermeidung nachhaltiger Beeinträchtigung wertvoller Vegetations- und Habitatstrukturen während <u>Betrieb</u>	Betriebsbereich
MAßN.-NR.	KOMPENSATIONSMAßNAHMEN	GRÖßE
<b>A1</b>	Entsiegelung und Rückbau Nachtskilift und unterer Teil Kurvenlift	Nachtskilift Rückbau: 8 Stützen + Tal- und Bergstation; Kurvenlift Rückbau: 7 Stützen + Talstation

MAßN.- NR.	VERMEIDUNGS-, VERMINDERUNGS- UND SCHUTZMAßNAHMEN	GRÖßE
A2	Entsiegelung und Rückbau des Großen Sesselliftes (Südhang Kleiner Fichtelberg)	Großer Sessellift Rückbau 11 Stützen + Tal- und Bergstation
A3	Nutzungsaufgabe Piste 6 und 7	<b>Projektübergreifende Maßnahme</b> Gesamtfläche: 62.192 m <sup>2</sup>
E1	Kompensation im Rahmen der Waldumwandlung	<b>Projektübergreifende Maßnahme</b> Gesamtfläche: 9,3 ha + 2 ha
MAßN.- NR.	VORHABENBEZOGENE MAßNAHMEN ZUR SCHADENSBEGRENZUNG (FFH, SPA, ARTENSCHUTZ)	GRÖßE
MA1	Kartierungsarbeiten vor & während Bau	Untersuchungsraum / Direkter Eingriffsbereich
MA2	Voruntersuchung zu fallender Bäume und rückzubauender Gebäudestrukturen	Waldumwandlungs-fläche
MA3	Bauzeitbeschränkung im Tages und Jahresgang	Untersuchungsraum / Direkter Eingriffsbereich
MA4	Maßnahmen zur Ausweisung von Schutzzonen nach Beendigung der Bauarbeiten	Untersuchungsraum
MA5	Erhalt von Nahrungshabitaten für die Ringdrossel durch regelmäßige Pflege der Pisten	Bergwiesen
MA6	Anbringen von Nistkästen für den Raufuß- und den Sperlingskauz	4 Stück
MA7	Maßnahmen zur Verhinderung der Ansiedlung der Arten innerhalb der Bauzone	Bauzone

Auf der Grundlage dessen und unter Berücksichtigung der Begründung zu § 67 Satz 1 BNatSchG wird hiermit der Antrag auf Befreiung gemäß § 8 NSG-VO in Verbindung mit § 67 Satz 1 BNatSchG und § 39 SächsNatSchG gestellt.

#### 4 HINWEISE ZU KUMULIERENDEN EINGRIFFSWIRKUNGEN

Durch die geplante Modernisierung wird durch eine weitere Maßnahme in das NSG eingegriffen. Dabei handelt es sich um die **Querung S2**. In der VO zum NSG wurde diese Querung bereits aufgenommen und als zulässige Handlung beschrieben.

Dazu folgender Wortlaut (§6 Nr. 9 Verordnung des Regierungspräsidiums Chemnitz zur Festsetzung des Naturschutzgebietes „Fichtelberg“ vom 11. Juni 2008):

*Abweichend von § 4 sind zulässig (...) im Bereich der Teilfläche 6 die Errichtung einer bis zu 20 Meter breiten Skitrasse auf der zwischen dem Fremdensteigt und dem Ringweg befindlichen Fläche;*

Ebenfalls zulässig ist die Umsetzung der Beschneigung und der dafür erforderlichen Infrastruktur. Hier ist unter § 4 Abs. 2 Nr. 9 folgendes festgelegt:

*Insbesondere ist verboten: (...) außerhalb der in § 6 Nr. 9 genannten Skitrassen Beschneigungsanlagen einzurichten oder aufzustellen;*

Die Lage der Querung wird in der VO zwischen Ringweg und Fremdensteigt beschrieben. Bei Umsetzung dieser Trasse können aufgrund der Geländeverhältnisse die angegebenen 20 m nicht eingehalten werden. Darüber hinaus würde bei Beibehaltung der Trasse in die potentielle Habitatfläche für Sperlings- und Raufußkauz eingegriffen. Wertvolle Biotopbäume gingen dadurch verloren. Die potentielle Habitatfläche wäre unbrauchbar.

Aufgrund dieser Tatsachen entschied man sich, die in der VO festgelegte Trasse aufzugeben und anstatt eine vollkommen neue Piste auszuweisen, auf die bestehende Piste zurückzugreifen. Diese verläuft oberhalb der ausgewiesenen potentiellen Habitatfläche.

Die laut VO angegebenen zulässigen 20 m Pistenbreite können bei Nutzung der Bestandstrasse eingehalten werden. Da es sich nun um eine Erweiterung der vorhandenen Piste handelt, verringert sich auch die erforderliche Waldumwandlungsfläche.

Die kumulierende Wirkung beider Verfahren kann so gemindert werden.

Entscheidend ist auch die Umsetzung der oben angegebenen Maßnahmen A2 und A3. Durch den Rückbau des Großen Sesselliftes und die Nutzungsaufgabe der Pisten 6 und 7 wird die Eingriffswirkung durch den Anlagenneubau und den Pistenbetrieb gemindert.

*Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die Umsetzung der Querung S2 in einem gesonderten Verfahren erfolgt. Im Rahmen dieses Verfahrens wird die entsprechende Befreiung von den Verboten des Naturschutzgebietes separat beantragt.*

## **5 AUSBLICKE UND WEITERFÜHRENDE HINWEISE AUßERHALB DES PLANFESTSTELLUNGSVERFAHRENS „NEUBAU EINER KUPPELBAREN 8-ER SESSELBAHN AM KLEINEN FICHTELBERG“**

Im Zusammenhang mit der am 14.09.2016 getätigten Abstimmung mit Vertretern der Unteren Naturschutzbehörde des Erzgebirgskreis wurde darüber hinaus eine mögliche Neuausweisung des NSG besprochen.

Diese hätte folgende Vorteile

1. Durch die Anpassung der VO kann sichergestellt werden, dass die ehemals vorgesehene Trasse der Querung niemals zu Umsetzung kommt.
2. Des Weiteren besteht durch die Anpassung die Möglichkeit, die benannten Flächen der Nutzungsaufgabe (A2 und A3) in das Gebiet zu integrieren und damit dauerhaft zu sichern. Die durch die Modernisierung des Skigebietes in Anspruch genommenen Flächen innerhalb des NSGs könnten so flächenmäßig ausgeglichen werden. Eine Minderung der Gesamtfläche des NSGs wäre damit auszuschließen.

Es sei darauf hingewiesen, dass die durch die Maßnahmen in Anspruch genommenen Flächen nicht vollständig ausgegliedert werden müssen.

Wie in der Maßnahmen M9 beschrieben, wird ein Großteil der Waldumwandlungsfläche rekultiviert und als Bergwiese entwickelt. Aufgrund des naturschutzfachlichen Wertes der Flächen besteht nicht zwingend die Notwendigkeit zur Ausgliederung.

Sollte es zur Entscheidung für das Änderungsverfahren kommen, sollten folgende Punkte berücksichtigt werden. Ein Anhängen des Änderungsverfahrens an das hier relevante Planfeststellungsverfahren zur 8er-Sesselbahn wird verfahrensrechtlich nicht als zielführend betrachtet, da in einem weiteren Schritt die exakte Lage der Trasse Querung S2 festgelegt und ausgeplant werden muss. Nur so kann sichergestellt werden, dass in der geänderten VO auch die tatsächlichen Flächen erfasst und berücksichtigt werden.

Die Neuausweisung des NSG könnte zeitlich an das genehmigungsrechtliche Verfahren zur Querung S2 angeschlossen werden. Damit wäre für alle Verfahren Planungssicherheit geschaffen.

Im Lageplan Anlage 4 Blatt 1 von 1 sind die relevanten Flächen noch einmal dargestellt und können entsprechend nachvollzogen werden.